

# südwest**blick**

## Für Steglitz-Zehlendorf: **DIE LINKE wählen!**

**D**a möchte man sich doch verwundert die Augen reiben: Als ob es die vergangenen Jahre nicht gegeben hätte, so präsentieren sich die Parteien im Wahlkampf.

»Wir haben die Kraft«? Wo war die Kraft der CDU, als es galt, bei der Rettung des Finanzsektors das Volksvermögen nicht zu verschleudern?

»Deshalb SPD« – weil sie jetzt das Gegenteil von ihrer Regierungspraxis fordert, in der sie die Renten gesenkt, die Arbeitslosen in Hartz IV gestürzt und immer Mindestlöhne verhindert hat?

»Es geht ums Ganze«? meinen die Grünen. Wo hätten Die Grünen je »das Ganze« verteidigt, ob beim Atomausstieg, der Friedenspolitik oder, neuerdings in Hamburg, bei Kraftwerksbau und Elbvertiefung?

Und die FDP möchte man schon fragen, was sie mit ihrem sattnam bekannten Spruch »Leistung muss sich wieder lohnen« in der



Fotos: Archiv

heutigen Zeit eigentlich aussagen will. Will die FDP etwa, dass die normalen Löhne steigen? Sollen Bankmanager etwa weniger verdienen? Davon hat man leider noch nichts gehört.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit Forderungen in den Wahlkampf zieht, die

in Steglitz-Zehlendorf DIE LINKE wählen sollte, das lesen Sie auf den nächsten Seiten. Denn es gilt, von der Thermometersiedlung bis zum Kleinen Wannsee, von der Paul-Schneider-Straße bis zur Clayallee: Wer für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft stimmen will, der muss

sie in den zurückliegenden Jahren auch schon konsequent verfolgt hat:

Wir fordern einen gesetzlich verbindlichen Mindestlohn, und haben diesen mehrfach im Bundestag beantragt. Wir fordern eine friedliche Außenpolitik und haben alle Kampfeinsätze der Bundeswehr konsequent abgelehnt. Wir waren gegen die Rente mit 67 und haben durchgesetzt, dass das Land Berlin dieser im Bundesrat die Zustimmung verweigert hat. Wir müssen uns nicht neu erfinden, wir haben unsere Positionen stets durchgehalten. Deshalb ist DIE LINKE eine gute Wahl. Und warum man auch

**DIE LINKE.**

Bezirksverband  
Steglitz-Zehlendorf

südwest**blick**

Ausgabe 3/2009

[die-linke-steglitz-zehlendorf.de](http://die-linke-steglitz-zehlendorf.de)

Am 27. September  
**DIE LINKE wählen!**

# »Wie retten wir die Wirtschaft?

Interview mit dem Direktkandidaten der LINKEN für Steglitz-Zehlendorf, Olaf Michael Ostertag, 40, über die Rolle der Banken, Steglitz-Zehlendorfer Widersprüche und zwei Arten von Konservativen



Fotos: Archiv

*Südwestblick (swb): Bitte stelle Dich zum Anfang kurz vor.*

**Olaf Michael Ostertag:** Ich wurde 1969 in Nürnberg geboren und lebe und arbeite seit 1987 in Berlin, seit 1999 in Steglitz-Zehlendorf.. Von Beruf bin ich Schauspieler, Regisseur und Autor. Ich bin einer von zwei gleichberechtigten Sprechern der LINKEN im Bezirk und kandidiere das zweite Mal zum Bundestag.

*Südwestblick: Politiker haben bei vielen Menschen ein schlechtes Ansehen. Es gibt immer mehr Nichtwähler, die sagen, »Wahlen ändern nichts, Die-da-oben machen doch eh', was sie wollen«. Ist die Bundestagswahl überhaupt wichtig?*

**Olaf Michael Ostertag:** Enorm wichtig.

Gerade bei der kommenden Bundestagswahl ist eine große Weichenstellung vorzunehmen. Es geht um die entscheidende Frage, wer die Zeche bezahlen muss für die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Entweder die Kleinen oder die Großen. Reichtum für wenige oder Wohlstand für alle. Ich bin für letzteres.

*swb: Wie beurteilst du die Tatsache, dass zwar Milliarden für Banken und Großindustrie mobilisiert werden, aber schon jetzt die ersten Signale in Richtung erneuter massiver sozialer Kürzungen am Horizont erkennbar sind?*

**Ostertag:** Der Kabarettist Werner Schneyder hat vor fast 30 Jahren mal gesagt, »es gibt zwei Arten von Konservativen. Die einen wollen ihr Wachstum bewahren, und die anderen sich davor«. Die Krise wird noch an

Schärfe zunehmen, sodass wir auf keinen Fall beides retten können: Die Reichtümer auf großen Haufen und den Sozialstaat. Ob es nach der kommenden Legislaturperiode noch einen Sozialstaat in Deutschland gibt und wie der aussieht, das hängt stark vom Wahlergebnis der LINKEN ab.

*swb: Früher wurde immer gesagt, »Marktwirtschaft verträgt keine Eingriffe des Staates«. Das sei Planwirtschaft, das sei Sozialismus. In der Krise ruft die Wirtschaft aber nach staatlichen Interventionen, sozusagen nach Sozialismus nur für Großunternehmen. Was wäre ein echter Ausweg aus der Krise, der nicht die Last den Bürgerinnen und Bürgern aufbürdet?*

**Ostertag:** Es ist ein echter Skandal, dass die, die von ihrer Hände Arbeit leben und die, die gar nichts haben, noch mal abgeben sollen, damit die großen Geldhaufen nicht kleiner werden. Der Staat leitet unsere Steuergelder in den Finanzmarkt, wo sie direkt in der Gewinnbilanz von Goldman Sachs und der Deutschen Bank auftauchen. Und die ihre irrsinnigen Gewinne wieder im Casino-Kapitalismus einfahren, wo sie die nächste Blase produzieren, die natürlich platzen und dann ganze Staaten pleite gehen lassen wird.

Dagegen kommen wir nur an, wenn wir die Lebensumstände der kleinen Leute und der Mittelschichten befestigen. Unten darf nicht mehr gespart werden, denn das erzeugt gleichzeitig eine Abwärtsspirale in der realen Wirtschaft. Wenn wir also sagen, wir wollen, dass die die Krise bezahlen müssen, die sie verursacht haben, also die Besitzer und Verwalter großer Kapitalien, dann nicht nur, weil das gerecht ist. Sondern auch, weil das die einzige vernünftige Maßnahme zur Sicherung der Wirtschaftskreisläufe ist und die Konjunktur stabilisiert. Die Massenkaufkraft ist der Schlüssel zur Bewältigung der Krise. Nur so erhalten wir allgemeinen Wohlstand.

*swb: Im Wahlprogramm der LINKEN steht dazu die Forderung nach einer Millionärssteuer. Ist das populistischer Unsinn, »Neid«, wie uns so oft vorgeworfen wird auf »die-da-oben«, oder steckt hinter diesem Wort auch ein gut durchdachtes und wirkungsvolles Konzept?*

**Ostertag:** Natürlich ist das ein gut durchdachtes und auch wirkungsvolles Konzept.. Die Millionärssteuer ist unsere Ausgestaltung der Vermögenssteuer. Das Bundesverfassungsgericht hat übrigens nicht, wie gerne

falsch behauptet wird, die Erhebung einer Vermögenssteuer verboten, sondern festgelegt, dass die unterschiedlichen Quellen von Vermögen dabei realistisch bewertet und gleich behandelt werden. Genau darum geht es. Wenn man Vermögen in den Kapitalmarkt pumpt, wo es, wie wir ja in der Vergangenheit gut beobachten konnten, sich vermehrt, indem gut gehende Firmen aufgekauft, ausgeplündert, filetiert und gefleddert werden, dann darf diese Form der Vermögensmehrung nicht auch noch durch den Fiskus belohnt werden.

Und was den Neid angeht: Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne sich große Besitztümer zweifelsfrei verdient haben. Wohlstand und Reichtum hat die Gesellschaft immer als Ganzes erzeugt. Die Verteilung ist dann jeweils eine Aushandlungsfrage und nie objektiv gegeben. Deswegen bin ich auch gegen den Begriff »Umverteilung«, das klingt nach Fehlsteuerung. Ich bin für gerechte Verteilung.



*swb: Du unterstützt das »Bedingungslose Grundeinkommen«. Viele Menschen verstehen den Sinn und Zweck dieses Konzepts nicht. Kannst du es ihnen erklären?*

**Ostertag:** Es ist ganz einfach. Jeder Mensch, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, ob er arbeitet oder nicht, hat ein Recht auf ein Leben in Würde. Das darf ihm auf keinen Fall genommen werden. Wenn wir als Gesellschaft uns auf diesen Grundkonsens einigen, dann ist der einfachste Weg, dieses Ziel zu verwirklichen, eine Summe festzulegen, die jeder und jedem zu zahlen ist, eben ein Grundeinkommen. Das wird ausbezahlt und über Steuern und Grundeinkommensabgabe refinanziert. Im finanziellen Ergebnis ändert sich gar nicht so viel, es ist nur eine andere Art zu rechnen. Die dazu führen soll, dass sich die Menschen mit mehr Respekt begegnen.

*swb: DIE LINKE fordert die Vergesellschaftung der Banken. »Heiße Luft« oder ökonomisch sinnvoll?*

**Ostertag:** Angesichts der Prioritätensetzung der Privatbanken, die wir im Augenblick erleben, bleibt gar keine andere Wahl, wenn wir den Realwirtschaftskreislauf retten wollen. Die höchsten Renditen werden bei derivativen Produkten erzielt, und deshalb machen die alle nur noch derivative Produkte. Derivate sind verbrieftete Risiken, also Ableitungen von Kreditgeschäften. Es ist im Geldsektor so etwas wie eine Entsprechung von Gammelfleisch unter den Lebensmitteln. Man zerteilt Kreditverträge, verpackt sie neu und verkauft sie als Wertpapier. Meistens mit Triple-A-Wertung, der höchsten Bonitätsklasse. Das ist so, als ob man Bio-Eier mit Gütesiegel kauft, zuhause die Verpackung aufreißt und feststellt: die Eier sind faul, aber das Geld gibt's trotzdem nicht zurück, denn das Etikett war ja erstklassig. Jeder Privathaushalt würde so zugrunde gehen, auch die Wirtschaft im Großen geht so zugrunde. Da helfen keine ausgefeilten neuen Gesetze zur Regulierung der Geschäfte der Privatbanken mehr. Da hilft nur noch Verstaatlichung, um die Banken zurück zu ihrer volkswirtschaftlich notwendigen Rolle zu führen: der Vergabe von Krediten zum Zweck der Investition. Es geht darum, Zeit zu gewinnen.

*swb: DIE LINKE schlägt ein jährliches Investitionsprogramm von 100 Milliarden Euro für »Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr« vor. Wo herrscht denn Bedarf nach Geld aus diesem Programm in unserem Bezirk?*

**Ostertag:** Die kommunale Jugendarbeit muss dringend verbessert werden,

es braucht Anlaufstellen für Jugendliche, die zurzeit keine eigenen Treffpunkte finden. Auch im Gesundheitsbereich hat es empfindliche Kürzungen gegeben, die man damit zurücknehmen könnte. Und im Bereich Verkehr ließen sich dann auch S-Bahn-Strecken wieder errichten, die früher mal ganz selbstverständlich zu unserer bezirklichen Verkehrsinfrastruktur gehört haben: Stammbahn und Friedhofsbahn. Der Ausbau der Tram sollte bei uns, wo 1881 die erste Elektrische in ganz Deutschland fuhr, auch nicht zu kurz kommen.

*swb: Wieso kandidierst Du gerade in Steglitz-Zehlendorf für DIE LINKE?*

**Ostertag:** Es ist ein wunderschöner Stadtteil, aber voller Widersprüche, zum Beispiel Wohnen im Grünen, aber mit großem Kfz-Fuhrpark. Viele Leute ziehen hierher, weil sie glauben, in diesem Bezirk eine heile Welt vorzufinden. Aber zwischen Grundstückseigentümern gehen schnell mal Nachbarstreitigkeiten los. Man kann sich der Aufgabe, zu einem gemeinsamen, auskömmlichen Zusammenleben zu finden, nirgendwo entziehen.

*swb: Steglitz-Zehlendorf ist nicht gerade eine Hochburg der LINKEN....*

**Ostertag:** ...aber wir sind hier, und das ist wichtig. Die Interessen und Ansichten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung müssen vertreten werden, und dafür braucht es DIE LINKE. Auch und gerade in Steglitz-Zehlendorf.

**Die Fragen stellte Dennis Simon.**

## Nur für kurze Zeit...



Foto: Tom Meier

...hatte DIE LINKE ein Büro in Zehlendorf. Als Untermieter des »WuYi-Zentrums für chinesische Kampfkunst e.V.« waren wir im Mai ins Erdgeschoss eines denkmalgeschützten Altbaus in der Onkel-Tom-Straße 5 eingezogen. Doch keine drei Stunden, nachdem wir unsere Außenwerbung angebracht hatten (siehe Foto), sprach der Verwalter im Namen der Eigentümergemeinschaft unserem Hauptmieter die Kündigung aus. Nicht nur wir, auch der Verein musste die Räume aufgeben. Das hat sich die Eigentümergemeinschaft sogar eine erkleckliche Summe kosten lassen. Wir organisieren unsere Aktivitäten seither von

unserem Nachbarbezirk Tempelhof-Schöneberg aus: Die Geschäftsstelle dort heißt »Rote Insel«, liegt in der Feurigstraße 68 am S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke und ist unter 030 / 21 99 71 40 telefonisch zu erreichen. Dass DIE LINKE in Zehlendorf allerdings so große Wellen schlägt, dass man hier lieber auf Mieteinnahmen verzichtet, als sie als Nachbar zu haben, das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Viel Feind', viel Ehr' ... **omo**

# Krieg und Frieden



Foto: Archiv

Nach einem Luftangriff im November 2008

**F**rieden kann man beschreiben als einen Zustand der Beziehung zwischen Völkern und Staaten, der den Krieg zur Durchsetzung von Interessen ausschließt. Genauer gesagt ist Frieden die Abwesenheit von Gewalt oder Krieg. Das ist eine allgemeingültige Definition.

In Afghanistan herrschen Gewalt und Krieg. Niemand, mit einem Sinn für Realität, würde behaupten, in Afghanistan herrsche Frieden. Die deutsche Regierung, mit Frau Merkel und ihrem Verteidigungsminister oder genauer Kriegsminister Jung an der Spitze, behauptet trotzdem, in Afghanistan führe Deutschland keinen Krieg. Was macht denn die Bundeswehr, ausgerüstet mit Bomben, Panzern und weiterem modernsten Kriegsgerät? Sie verteidige am Hindukusch unsere Freiheit. behauptet die Regierung. Die Mehrheit der Bundesbürger ist, nach Meinungsumfragen, gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan; sie glauben nicht an das Märchen, es gehe um unsere Freiheit. Aber worum geht es dann? Es geht um Interessen. Öffentlich wird

»Bündnistreue« gegenüber den USA in ihrem Kampf gegen den sogenannten Terror vorgeschoben. In Wirklichkeit geht es aber um wirtschaftliche Interessen, um die Interessen des »Militär-Industriellen Komplexes«. In diesem Komplex von Militär, Regierung, Wirtschaft u.a. spielt die Rüstungsindustrie eine dominierende Rolle.

Unsere Regierung sagt, um Wohlstand und Freiheit zu sichern, müssen wir uns gegen Bedrohungen verteidigen. Wer bedroht uns? Vor 1990 kam die Bedrohung angeblich aus dem Osten durch den »Kommunismus«, dagegen musste gerüstet werden. Als der Osten endlich »totgerüstet« war und alle ehemals sozialistischen Länder kapitalistisch wurden, wurde nach neuen Begründungen für die Rüstung gesucht und es wurden auch welche gefunden. Die Rüstungsindustrie ist es, die ein fundamentales Interesse am Krieg haben muss - zur Sicherung ihrer Profite, zur Befriedigung ihrer Aktionäre. Mit ihren riesigen Gewinnen hat sie die Macht und die Mittel, mit ihrer Lobby die Politik, Medien und Militärs zu be-

einflussen oder gar zu kaufen. Die Rüstungsindustrie ist kein getrennt zu betrachtender Teil unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sie ist verflochten mit der übrigen Industrie, den Banken und auch mit staatlich finanzierten Forschungsstätten. Deshalb sollten wir gerade in der Krise wachsam sein. Die Geschichte hat gezeigt, dass für das Kapital Krieg ein Mittel ist, um einen Ausweg aus kapitalistischen Krisen zu suchen und dieses Mittel wurde auch angewandt. Man denke an die beiden Weltkriege des vorigen Jahrhunderts. Karl Marx beschreibt dies auf eine drastische und anschauliche Weise: »Das Kapital hat einen Horror vor der Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital wach, 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; 100 Prozent, es stampft alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.«

In Afghanistan führt Deutschland Krieg. Dreiviertel der Deutschen sind gegen diesen Krieg. Diese Menschen wollen Frieden, Frieden und Freiheit - aber keine Freiheit, die am Hindukusch verteidigt wird. Die Freiheit eines Volkes kann immer nur im eigenen Land verteidigt werden. Also: wenn das deutsche Volk keinen Krieg braucht, um seine Freiheit zu sichern, wer vertritt dann seine Interessen? In einer Demokratie müssten das unsere Volksvertreter tun, also die Parteien im Bundestag. Die Mehrheit der Abgeordneten aber hat nicht gegen den Krieg in Afghanistan gestimmt. CDU, FDP und eine Mehrheit von SPD und Grünen waren dafür, nur DIE LINKE hat sich konsequent gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt.

**Eberhard Speckmann**



**Bundeswehr  
raus aus  
Afghanistan!**

**DIE LINKE.**

# Sie verlassen den demokratischen Sektor



Foto: Archiv

## Kalter Krieg – Sturm im Wasserglas oder ernste Sache?

**E**s war einmal in Steglitz-Zehlendorf, da saßen auf einem Podium vier Bundestagskandidaten. Dieses war eigentlich nicht ganz richtig, denn sie waren eingeladen, über die Europawahl zu reden, und zu der traten sie alle Vier gar nicht an. Doch die Kandidaten für das Europaparlament hatten wohl keine Zeit, ins Mehrgenerationenhaus im Teltower Damm zu kommen, und so wurden sie von den Parteivertretern Karl-Georg Wellmann (CDU), Klaus Uwe Benner (SPD), Benedikt Lux (Bündnis 90/Die Grünen) und Olaf Michael Ostertag (DIE LINKE) gedoubelt. Das Publikum bestand aus Erstwählerinnen und -wählern, und die stellten unverdrossen ihre Fragen, die Politiker antworteten, so gut sie konnten, und alle lebten glücklich und zufrieden zusammen, bis...

Bis der CDU auffiel, dass sie soviel demokratische Normalität in Steglitz-Zehlendorf nicht zulassen kann. Es wäre ja auch zu märchenhaft, sollte in diesem Bezirk die politische Diskussion mit der LINKEN einmal ohne Mauermördervorwurf und Stalinismus-Ausfälligkeiten geführt werden. Steglitz-Zehlendorf ist anders, und will auch

anders sein. Nur in einem von zwölf Berliner Bezirken gab es eine Mehrheit für das Volksbegehren »ProReli«; nur in einem von zwölf Berliner Bezirken erreichte das Volksbegehren für einen »Verkehrsflughafen Tempelhof« das nötige Beteiligungsquorum; nur in einem von zwölf Berliner Bezirken sitzen nur vier Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV); und nur in einem von zwölf Berliner Bezirken gewann die CDU ein Direktmandat bei der Bundestagswahl 2005.

All dies ist aus Sicht der CDU der Beweis dafür, dass ganz Berlin von den Roten besetzt ist. Ganz? Nein, nicht ganz. Ein kleiner unbeugsamer Bezirk im Südwesten der Stadt hört nicht auf, den Roten-Rathaus-Legionären Widerstand zu leisten. Anders ausgedrückt: Steglitz-Zehlendorf ist der letzte Hort der Westberliner Mentalität des Antikommunismus, und weil das die Bevölkerung mehrheitlich so will, muss die CDU hier Flagge zeigen.

So kam es dann, dass die CDU-Fraktion in der BVV eine »Große Anfrage« stellte unter der Überschrift »Keine Lobby für Extremisten in Steglitz-Zehlendorf!« In der Debatte forderte sie dann das Bezirksamt nicht

nur dazu auf, DIE LINKE keinesfalls einzuladen, sondern auch alle anderen Parteien, die vielleicht zukünftig in Parlamente einziehen werden. Namentlich fand dabei die »Piratenpartei« Erwähnung, die – außer mit der Forderung nach kostenlosem Download von allem – bisher nicht weiter aufgefallen ist. Was nicht alles bei der CDU unter dem Etikett »gefährliches Gedankengut«, vor dem die Jugend zu schützen sei, läuft.

Im Abgeordnetenhaus stellte daraufhin DIE LINKE eine mündliche Anfrage, wie denn das Demokratieverständnis der CDU in Steglitz-Zehlendorf zu beurteilen sei. In der Antwort wies der Innensenator Ehrhart Körting (SPD) darauf hin, dass ein Ausschluss einer im Abgeordnetenhaus vertretenen Partei gesetzwidrig wäre: »Wenn etwas Derartiges stattfände, würden wir im Rahmen der Bezirksaufsicht einschreiten.«

Für die Grünen war die Angelegenheit nichts weiter als ein Sturm im Wasserglas. »Führen CDU und LINKE hier eine Fortsetzung des Kalten Kriegs auf?« fragte mich Benedikt Lux. Leider ist die Sache mehr als eine Farce. Wenn sich die CDU, als größte Partei nicht nur im Bezirk, sondern in Deutschland, nicht an die demokratischen Spielregeln halten will und dies auch ganz offen und ungeniert bekundet, dann geht es um den Wesenskern der Demokratie. Der muss allemal verteidigt werden. Auch und gerade gegen die CDU.

**Olaf Michael Ostertag**

**Tag der Erinnerung und Mahnung**

Sonntag, 13. September 2009  
von 13 bis 18 Uhr

Neuer Ort: Bebelplatz 10119 Berlin

Diskussionen, Ausstellungen, Musik,  
Kinderfest, Infostände, ...  
Essen & Trinken [www.tag-der-mahnung.de](http://www.tag-der-mahnung.de)

*Wichtig: Keine Waffen, keine Alkohol, keine Drogen*

*Geschichtspunkt 70 Jahre*  
*Kinder im englische Exil 1939-1945*  
*Stille und Roman: Verfolgt und diskriminiert bis heute*

**nonpd**

# »Shared Space« in Lichterfelde – West?



Foto: Archiv

## »Shared Space« auf dem Vorplatz am S-Bahnhof Lichterfelde-West? Wohin mit den parkenden Autos?

**D**ie Fragen der Südwestblick-Redakteurin Sieglinde Wagner zu dem Verkehrsberuhigungskonzept »Shared Space« beantwortete der Baustadtrat unserer Bezirkes Uwe Stäglin

**Frau Wagner:** »Shared Space« in Berlin Mitte, auf dem Tauentzien oder in Lichterfelde West, »Shared Space« ist in aller Munde. Was hat man darunter zu verstehen und welches sind die Hauptprobleme dieses Konzeptes aus Ihrer Sicht?

**Stäglin:** Mit »Shared Space« (= gemeinsam genutzter Raum) bezeichnet man ein neues Gestaltungsprinzip des öffentlichen Straßenraumes, bei dem auf Bordsteinkanten und Verkehrszeichen verzichtet und darauf vertraut wird, dass durch die Unüblichkeit der Gestaltung eine erhöhte Aufmerksamkeit, Rücksichtnahme und Verständigung unter allen Verkehrsteilnehmern – motorisierten und nicht motorisierten – erreicht wird. Das Prinzip wurde zuerst in den Niederlanden entwickelt und eingesetzt, im Rahmen eines EU-Projektes aber auch in Großbritannien, Dänemark und Deutschland erprobt.

Die Hauptprobleme scheinen mir zu sein, dass die bauliche Umgestaltung sehr teuer ist, dass das Verbleiben des ruhenden Verkehrs nicht gelöst ist und dass einige Verkehrsteilnehmer (Blinde, Sehbehinderte, Ältere, Kinder) eventuell mit dem

Prinzip nicht zurecht kommen, da notwendige Orientierungshilfen für diese Nutzer entfallen.

*Frau Wagner: Das Konzept wird in und zwischen den umwelt- und verkehrspolitischen Verbänden und den Behindertenvertretungen heiß diskutiert. So meint der Bundesverband des VCD, dass durch den Verzicht auf Schilder, Ampeln und Vorfahrtsregeln ein Gefühl der Verunsicherung entsteht, das Verkehrsberuhigung und sozialeres Verhalten bewirkt. Teilen Sie diese Auffassung und entspricht das den Erfahrungen der von Fachleuten besuchten Orte Bohmte (Niedersachsen) und Haren/Drachten (Niederlande)?*

**Stäglin:** Wenn man sich die Realisierungen in den Niederlanden ansieht, hat man immer das Gefühl, dass es hier klappt. Die vielen Radfahrer sorgen dafür, dass sich die Autofahrer nicht wie z. B. in Deutschland als Herrscher der Straße fühlen, sondern es gewohnt sind, sich die Straße mit Anderen zu teilen. Das deutsche Beispiel in der Gemeinde Bohmte in Niedersachsen krankt gerade in dieser Hinsicht: Hier dominiert der Kfz-Verkehr, während die we-

nigen Fußgänger und Radfahrer sich nicht auf den gemeinsam genutzten Raum trauen, sondern am Rand hinter dem dort verlegten Blindenleitstreifen bleiben.

*Frau Wagner: Skeptisch bis ablehnend reagieren die Behindertenverbände/vertretungen vor allem der Deutsche Blinden und Sehbehindertenverband aber auch der Bezirksbehindertenbeirat unseres Bezirkes und die Fußgängervereine. Ließen sich deren Vorbehalte durch eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Neugestaltung des öffentlichen Raums im Sinne von »Shared Space« ausräumen?*

**Stäglin:** Ich gehe davon aus, dass insbesondere die Blinden und Sehbehindertenverbände sich auch durch eine stärkere Einbeziehung in den Planungsprozess nicht von ihrer ablehnenden Haltung abbringen lassen werden. Dies liegt daran, dass Blinde und Sehbehinderte den Bordstein als Orientierungshilfe und als ertastbare Grenze zwischen sicherem Gehweg und unsicherer Fahrbahn benötigen. Gerade auf diese Grenze will aber »Shared Space« verzichten.

*Frau Wagner: Der Dortmunder Bauplaner Hubert Herfurth wies in der Zeitschrift »Verkehrszeichen« (4/2007) darauf hin, dass in Deutschland »eine viel klarere und stärkere Hierarchie zwischen den einzelnen Verkehrsträgern« mit eindeutiger Bevorzugung des Autos besteht und in den Niederlanden die Verkehrsteilnehmer stärker im Verhältnis zu einander handeln. Seiner Meinung nach geht es um die Durchsetzung eines alternativen Sozialverhaltens, das nicht nur im Verkehr, sondern gesamtgesellschaftlich gefördert*



werden müsste. Wie bewerten Sie diese Aussage aufgrund Ihrer Erfahrungen?

**Stäglin:** Ich kann diese Meinung teilen: Während z.B. in den Niederlanden das Miteinander von Kfz-Führern, Radfahrern und Fußgängern in der Regel funktioniert, scheint mir in Deutschland das Verständnis für ein Miteinander im Straßenverkehr noch entwicklungsbedürftig zu sein..

*Frau Wagner: Der Antrag der Fraktion der Grünen in der BVV Steglitz-Zehlendorf, »Shared Space« vor dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde West einzurichten, ist gescheitert. Welche Gründe sprachen für Sie gegen die Einrichtung vor Ort?*

**Stäglin:** Noch ist die Drucksache nicht durch die BVV abschließend behandelt. In dem genannten Bereich befinden sich z. z. viele Parkplätze für Anwohner und vor allem für Kunden. Auch ein Taxi-Halteplatz ist dort eingerichtet. Dies ist ein Zeichen dafür, dass dort ein hoher Bedarf an Anlagen für den ruhenden Verkehr existiert. Bei einer Umgestaltung zu einem »Shared-Space«-Bereich, unter Aufhebung der Bordsteinkanten und der Verkehrszeichen, ließe sich der ruhende Verkehr nicht mehr reglementieren. Es wäre zu befürchten, dass überall Kraftfahrzeuge abgestellt werden und den fließenden und liefernden Kfz-Verkehr, aber auch den Fußgänger- und Radverkehr behindern. Zudem gab es gerade auch durch die BVV einen Beschluss zur Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen. Daneben wäre völlig ungeklärt gewesen, woher das Geld für die Umgestaltung des Straßenraumes hätte genommen werden sollen. Unsere Schätzungen hatten dafür einen Betrag von mindestens 600.000 Euro ergeben.

*Frau Wagner: Welche Alternativen gibt es zu »Shared Spaces« und sehen Sie dafür Umsetzungsmöglichkeiten in unserem Bezirk?*

**Stäglin:** Ein sehr interessantester Ansatz, der in die gleiche Richtung geht, kommt aus der Schweiz zu uns: die »Begegnungszonen«. Durch ein Verkehrszeichen, das unserem Z 325 »Verkehrsberuhigter Bereich« ähnelt, aber zusätzlich ein Zeichen »zulässige Höchstgeschwindigkeit 20 km/h« enthält, werden Straßenbereiche gekennzeichnet, in denen langsam gefahren, gelaufen, gespielt aber auch in markierten Bereichen geparkt werden darf. Die Straßen, die innerhalb einer Begegnungszone liegen, müssen nicht baulich umgestaltet werden, so dass sich die Kosten für die Einrichtung von Begegnungszonen in Grenzen halten. Ich bin gespannt, wann das deutsche Straßenverkehrsrecht diese Entwicklung aufgreifen und die Möglichkeit von Begegnungszonen eröffnen wird.

**Wir danken für das Gespräch.**

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf

# Britische Verhältnisse in Berlin

Die Krise hat inzwischen auch den Südwesten Berlins erreicht.



Foto: Archiv

## Nichts ging mehr bei der S-Bahn

**S**ie hangelt sich entlang der Eisenbahnschienen von Berlins Mitte bis nach Wannsee im 20 Minuten-Takt. Nun sind auch die Steglitzer und Zehlendorfer unmittelbar von den Auswirkungen der Nichteinhaltung der Sicherheitswartungen der S Bahn betroffen.

Bei dieser Krise handelt sich jedoch eigentlich um eine Krise des Möchtegern-Börsianers DB.

Das Management der DB und ihrer Tochter S-Bahn bereiten uns schon einmal auf die Zustände »danach« vor. British Rail hat es vorgemacht. Die Bilanz der von Margret Thatcher betriebenen Privatisierung der britischen Bahn äußerte sich in einem drastischen Personal- und somit Service-Abbau, einer Zunahme von Bahnunfällen und Verspätungen. Der Regisseur Ken Loach hat in dem ihm eigenen Humor in seinem Film »The navigators« die grotesken Zustände verdeutlicht.

Im Vorfeld der Privatisierung presste der Mutterkonzern DB in den letzten Jahren einen möglichst hohen Gewinn aus seiner Tochter heraus. Im Jahre 2005 waren es bescheidene 17 Millionen Euro, 2008 schon 56 Millionen und für 2009 war eine weitere Steigerung auf 87,7 Millionen Euro vorgesehen. Daraus wird vermutlich nun nichts, stellen die schaden-

freudigen Berliner/innen fest. »Optimiert« wurde auch die Mitarbeiter/innen-Zahlen. Im Jahr 2006 waren es 3766, 2008 nur noch 2870 Beschäftigte. Die Betriebswerkstatt Friedrichsfelde wurde geschlossen, das Personal auf den Bahnhöfen abgebaut. Jenes wird jetzt zum Teil über öffentliche Gelder als »ÖBS« (Öffentlicher Beschäftigungssektor) finanziert.

Anfang diesen Jahres hatte der Betriebsrat der Berliner S Bahn im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses in der Folge des winterlichen Chaos auf den Gleisen vor drohenden Sicherheitsmängeln gewarnt. Die Unternehmensführung des sich im 100 Prozent öffentlichen Eigentum befindenden Unternehmens hat sich dadurch von ihrem obersten Ziel der »Kapitalmarktfähigkeit« nicht abbringen lassen.

Es ist höchste Zeit, dass wir die Politik und die Bahnmanager daran erinnern, dass die Aufgabe der DB die Daseinsvorsorge und die Gewährleistung der Fahrgastsicherheit ist. Dieses kann etwa am 27. September mit dem Stimmzettel erfolgen.

Die LINKE lehnt konsequent den Börsengang der DB ab. Siehe auch im Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen »Bürgerbahn statt Börsenwahn«.

**Sieglinde Wagner**

# Gesundheit!



Das Haus des Klinikums «Benjamin Franklin» in der Hand eines privaten Investors?

**G**erechtigkeit ist für die bundesrepublikanische Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Jüngste Emnid-Umfragen aus dem Juli 2009 belegen die hohen Erwartungen an die Politik in dieser Frage, sei es bei der Einkommensverteilung, beim Steuer- oder Rentensystem und auch beim Gesundheitswesen.

Die jahrzehntelange neoliberale Neuordnung der Bundesrepublik hinterlässt tiefe Spuren in unserer Gesellschaft, die zu einer deutlichen Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich geführt haben und von zahllosen Statistiken und Sozialreporten dokumentiert werden. Seinen Niederschlag findet diese Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen so auch im Gesundheitswesen. Laut o.g. Emnid-Umfrage finden 33% der deutschen Bevölkerung, dass es hier gerecht 65% dagegen eher oder sehr ungerecht zugeht.

Das entspricht unser aller Beobachtung, dass die Zwei-Klassen-Medizin längst Einzug in unsere medizinische Versorgung gehalten hat.

sei es in der ambulanten Versorgung, wo man sich bereits vor der ersten ärztlichen Kontaktaufnahme telefonisch mit der Frage nach der Versicherungsart - privat oder Kasse? - konfrontiert sieht

sei es, dass man nur ein guter Patient ist,

## Impressum

### südwestblick

Ausgabe 3/2009  
die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Herausgeber  
DIE LINKE Berlin,  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

Redaktion  
Redaktionskollektiv des  
DIE LINKE. Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf,  
V.i.S.d.P.: Sieglinde Wagner  
E-Mail:

swb@die-linke-steglitz-zehlendorf.de  
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinngemäß zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 10. August 2009.  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. Oktober 2009. Die nächste Ausgabe erscheint am 3. November 2009.

Druck: Druckerei Bunter Hund | Tel. (030) 441 37 37  
Gestaltung: sternberg Media | Tel. (030) 42 85 20 88

südwestblick · 03/2009  
wenn man als Kunde dem Doktor noch ein

paar IGEL (nein damit sind nicht die posierlichen Stacheltiere sondern die »Individuellen Gesundheitsleistungen« gemeint) abkauft

sei es, dass die in den siebziger Jahren durchgesetzte Abschaffung der Privatstationen wieder rückgängig gemacht wird.

Aber die Ungerechtigkeit manifestiert sich auch durch die Fehlverteilung von Geldern an die verschiedenen Dienstleister im Gesundheitswesen: Während die Pharmaindustrie einer der profitabelsten Industriezweige ist, die Macht der Medizingerätehersteller zum Teil zu einer Überausstattung mit diagnostischen Apparaten (oft ohne therapeutische Konsequenzen) führt und dadurch die Kosten hochtreiben, kommen die Bundesländer durch die Ebbe in den öffentlichen Kassen ihren Investitionsverpflichtungen gegenüber den Krankenhäusern nicht nach.

Resultat: Die Bausubstanz der Kliniken verfällt, jüngstes Beispiel die Charité, Standorte Mitte und Benjamin Franklin in Steglitz, und prompt wird die Privatisierungs-idee vom großen Zauberer in Person des Präsidenten der FU Professor Lenzen wie ein Kaninchen aus dem Zylinder gelüpfert. Zugunsten des Profits und der Rendite - zu Lasten der Patientinnen und Patienten.

Diese geben viel Geld aus für eine im internationalen Vergleich eher mittelmäßige medizinische Versorgung. Und werden sie einmal wirklich ernsthaft krank, treten sie als Kostenverursacher angesichts drastisch verkürzter Liegezeiten eine Odyssee an durch Uniklinikum, Krankenhaus, Reha-Klinik, Kurzzeitpflege.....

Da hilft nur die Erkenntnis, dass das Gesundheitswesen als ein Bereich der Daseinsvorsorge privaten Wettbewerbsinteressen und Kapitalmärkten entzogen werden muss und seine Finanzierung mit einer solidarischen Bürgerversicherung auf eine breite Basis zu stellen ist.

Dafür gilt es zu streiten! Natürlich mit der LINKEN!

## Termine

**Dienstag 1. September, 2009 16 Uhr**

**Gemeinsames Friedensfest der LINKEN Steglitz-Zehlendorf und Kleinmachnow zum Antikriegstag/Weltfriedenstag**

Adam-Kuckhoff-Platz / Kleinmachnow  
Bus 115 (Endstation),  
Bus 117 (OdF-Platz)

**Montag, 7. September, 2009 19 Uhr**

**DIE LINKE Zehlendorf  
Ortsteilgruppenversammlung**

Kulturzentrum Mittelhof  
Königstr. 42/43

**Dienstag, 8. September, 2009 19:30 Uhr**

**DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf  
Öffentliche Mitgliederversammlung**

Rathaus Zehlendorf Kirchstr.3  
Raum C22/23

**Sonntag, 13. September, 13 – 18 Uhr**

Bebelplatz (Unter den Linden)

**Tag der Erinnerung und Mahnung  
Aktionstag gegen Rassismus,  
Neonazismus und Krieg**

Auftaktveranstaltung 11 Uhr  
vor dem ehem. SA-Gefängnis Papestr-  
Werner-Voß-Damm (nähe SBf. Südkreuz)

**Dienstag, 15. September, 2009  
15 – 17 Uhr**

**DIE LINKE vor Ort  
Ein bekannter Bundestagswahl-Kandidat  
beantwortet Ihre Fragen**

Walther-Schreiber-Platz (vor dem Forum)

**Sonnabend, 19. September, 2009  
ab 15 Uhr**

**Wahlkampf-Abschluss der LINKEN in  
Steglitz-Zehlendorf**

Ort wird noch bekanntgegeben  
(www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de)

**Mittwoch, 23. September, 2009 17 Uhr**

**öffentliche BVV-Sitzung mit  
Bürgerfragestunde am Anfang**

Bürgersaal Rathaus Zehlendorf  
Kirchstr. 3

**Sonntag, 27. September,  
Bundestagswahl**

**DIE LINKE wählen**

**Mittwoch, 30. September, 2009 19 Uhr**

**DIE LINKE Steglitz  
Ortsteilgruppenversammlung**

Restaurant Steglitzer Wappen  
Birkbuschstr. 87